



## Vernehmlassung zur Teilrevision des Gesetzes über das Polizeiwesen (PoIG, NG 911.1) sowie zur Vollzugsverordnung zum Gesetz über das Polizeiwesen (PoIV, NG 911.11)

### Fragebogen

#### Stellungnahme eingereicht durch:

Die Mitte Nidwalden

#### Wichtig:

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als Word- und PDF-Dokument bis  
spätestens zum **12. April 2024** an folgende E-Mail-Adresse: [staatskanzlei@nw.ch](mailto:staatskanzlei@nw.ch)

oder per Post an:

Staatskanzlei Nidwalden  
Dorfplatz 2  
Postfach 1246  
6371 Stans

### 1 Änderungen des Gesetzes über das Polizeiwesen (PoIG)

|  |                               |   |
|--|-------------------------------|---|
| 1. Haben Sie grundsätzliche Vorbemerkungen zur Vorlage?  |                               |   |
| <input checked="" type="checkbox"/> JA   | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme /<br>nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b><br>Wir unterstützen es sehr, dass der Kanton Nidwalden die Voraussetzungen schafft, um die Polizei für geänderte Rahmenbedingungen und Bedrohungen vorzubereiten. Wir erachten es als sehr wichtig und richtig, dass man bei solchen Aufgaben interkantonal und sogar international zusammenarbeitet. Dadurch wird es auch möglich, von spezialisiertem Know-how aus anderen Kantonen profitieren zu können. |                               |   |

### 1.1 Teilbereich Kantonales Bedrohungsmanagement (KBM)

|   |                               |   |
|---|-------------------------------|---|
| 2. Sind Sie mit der Einführung eines Kantonalen Bedrohungsmanagements zur frühzeitigen Erkennung und Einschätzung von Gefahren sowie Anordnung von präventiven Schutzmassnahmen einverstanden (Art. 30a)? |                               |   |
| <input checked="" type="checkbox"/> JA  | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme /<br>nicht betroffen |

|  |                                       |
|--|---------------------------------------|
|  | <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b> |
|--|---------------------------------------|

3. Sind Sie damit einverstanden, dass das KBM bei der Polizei angesiedelt wird (Art. 3)?

|  |                               |  |
|--|-------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> JA | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
|--|-------------------------------|--|

|  |                                       |
|--|---------------------------------------|
|  | <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b> |
|--|---------------------------------------|

4. Sind Sie mit der Einführung eines Melde- und Auskunftsrechts einverstanden (Art. 30b)?

|  |                               |  |
|--|-------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> JA | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
|--|-------------------------------|--|

|  |                                       |
|--|---------------------------------------|
|  | <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b> |
|--|---------------------------------------|

5. Sind Sie mit den Massnahmen im Bereich KBM, welche durch die Polizei angeordnet werden können, einverstanden (Art. 30c, 30d und 30e)?

|  |                               |  |
|--|-------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> JA | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
|--|-------------------------------|--|

|  |                                       |
|--|---------------------------------------|
|  | <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b> |
|--|---------------------------------------|

6. Sind Sie mit den Massnahmen im Bereich Häusliche Gewalt und Stalking, welche durch die Polizei angeordnet werden können, einverstanden (Art. 31a)?

|  |                               |  |
|--|-------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> JA | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
|--|-------------------------------|--|

|  |                                       |
|--|---------------------------------------|
|  | <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b> |
|--|---------------------------------------|

7. Haben Sie weitere Bemerkungen oder Änderungsanträge zum Teilbereich KBM?

|                             |  |  |
|-----------------------------|--|--|
| <input type="checkbox"/> JA | <input checked="" type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
|-----------------------------|--|--|

|  |                                       |
|--|---------------------------------------|
|  | <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b> |
|--|---------------------------------------|

## 1.2 Teilbereich Automatisierte Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung (AFV)

8. Sind Sie mit der Einführung einer Automatisierten Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung zur Fahndung nach Personen und Sachen sowie zur Verhinderung, Entdeckung und Verfolgung von Verbrechen und Vergehen einverstanden (Art. 45a)?

|  |                               |  |
|--|-------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> JA | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b>  |                               |  |

|  |                               |  |
|--|-------------------------------|--|
| 9. Sind Sie mit dem automatisierten Abgleich der erfassten Daten einverstanden (Art. 45c)? |                               |  |
| <input checked="" type="checkbox"/> JA   | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b>  |                               |  |

|   |                               |  |
|---|-------------------------------|--|
| 10. Sind Sie damit einverstanden, dass die Polizei in bestimmten Fällen und auf Anordnung nachträglich während 100 Tagen auf die automatisiert erfassten Daten zurückgreifen darf (Art. 45d)? |                               |  |
| <input checked="" type="checkbox"/> JA  | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b>   |                               |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| 11. Haben Sie weitere Bemerkungen oder Änderungsanträge zum Teilbereich AFV? |  |  |
| <input type="checkbox"/> JA  | <input checked="" type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b>  |  |  |

### 1.3 Teilbereich Datenaustausch in der polizeilichen Zusammenarbeit

|   |                               |  |
|---|-------------------------------|--|
| 12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Datenaustausch im Abrufverfahren auch ohne die Bewilligung eines allfälligen Opfers erfolgen kann (Art. 59)? |                               |  |
| <input checked="" type="checkbox"/> JA  | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b>   |                               |  |

|   |                               |  |
|---|-------------------------------|--|
| 13. Sind Sie damit einverstanden, dass die Polizei zur Verhinderung und Aufklärung von seriellen Verbrechen und Vergehen Analysesysteme betreiben oder sich an solchen Systemen beteiligen kann (Art. 59a)? |                               |  |
| <input checked="" type="checkbox"/> JA  | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b>   |                               |  |

|  |   |
|--|---|
|  | Da sich kriminelle Organisationen auch immer mehr vernetzen, muss dies auch die Gegenseite tun. |
|--|---|

|  |                               |  |
|--|-------------------------------|--|
| 14. Sind Sie damit einverstanden, dass die Polizei mit anderen Kantonen eine gemeinsame Einsatzzentrale betreiben oder die kantonalen Einsatzzentralen auf andere Weise verbinden kann (Art. 59b)? |                               |  |
| <input checked="" type="checkbox"/> JA   | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b>  |                               |  |

|   |                               |  |
|---|-------------------------------|--|
| 15. Sind Sie damit einverstanden, dass die Polizei Daten zum Zweck polizeilicher Ermittlungen und Darstellung von Lagebildern mit Systemen anderer Polizeien des Bundes, der Kantone und der Gemeinden im Abrufverfahren austauschen kann (Art. 59c)? |                               |  |
| <input checked="" type="checkbox"/> JA  | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b>   |                               |  |

|  |                               |  |
|--|-------------------------------|--|
| 16. Haben Sie weitere Bemerkungen oder Änderungsanträge zum Teilbereich Datenaustausch in der polizeilichen Zusammenarbeit?  |                               |  |
| <input checked="" type="checkbox"/> JA   | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b><br>Wie wichtig der Datenaustausch unter den Kantonen wäre, sieht man aktuell bei den nächtlichen Diebestouren von ein paar wenigen Asylsuchenden aus den Magrebstaaten. Das Festhalten der Häufigkeit solcher geringen Straftaten würde ebenfalls strengere Massnahmen gegenüber dieser Täterschaft zur Folge haben. Die aktuell fehlende Datensammlung und der -austausch machen das Erkennen derzeit sehr schwierig. Dies ist nicht effektiv. Die Polizei wendet viele Ressourcen auf, ohne wirksam gegen diese Täterschaften vorgehen zu können, was zunehmend frustrierend sein kann. Weiter wäre es in diesem Zusammenhang auch zu begrüessen, dass Lokalitäten, in denen kriminelle Machenschaften vermutete werden (Barbershops, Donnerbuden,...), mit geeigneten Mitteln observiert werden können. Auch hier müssten diese Massnahmen mit den rechtlichen Schutzvorkehrungen gegen Willkür und Missbrauch getroffen werden. Wir sind als Gesellschaft an einem Punkt angelangt, wo der Schutz der Bevölkerung vor der Unterwanderung von kriminellen Organisationen höher gewichtet werden sollte als der Schutz der Privatsphäre von Personen, die sich in solchen Kreisen bewegen. Diese Frage wäre dringend auch im Zusammenhang mit der Hooliganproblematik zu klären. |                               |  |

## 2 Änderungen des Gesetzes zum Schutz der Persönlichkeit (PSchG)

|  |                               |  |
|--|-------------------------------|--|
| 17. Sind Sie mit den Änderungen im Persönlichkeitsschutzgesetz einverstanden (Art. 1)? |                               |  |
| <input checked="" type="checkbox"/> JA   | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b>  |                               |  |

## 3 Änderungen des Gesetzes zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit (GesG)

|   |                               |  |
|---|-------------------------------|--|
| 19. Sind Sie mit den Änderungen im Gesundheitsgesetz einverstanden (Art. 32)? |                               |  |
| <input checked="" type="checkbox"/> JA  | <input type="checkbox"/> NEIN | <input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen |
| <b>Bemerkungen / Änderungsantrag:</b>   |                               |  |

## 4 Stellungnahme zu einzelnen Artikeln

Haben sie Hinweise, Bemerkungen oder Änderungswünsche zu anderen Artikeln, dann bitten wir Sie, diese nachstehend aufzuführen:

| Artikel                         | Bemerkungen   |
|---------------------------------|---|
| <b>Persönliche Auswirkungen</b> | Im Zusammenhang mit den personellen Auswirkungen sollte die Frage gestellt werden, was uns eine gut funktionierende Polizei wert ist. Dies auch im Hinblick auf den weiteren im Ecoplanbericht ausgewiesenen Bedarf. Die immer komplexer und dynamischer werdenden Aufgaben können nur im Verbund bewältigt werden und, wo immer möglich und sinnvoll, sollen diese in Kooperationen gelöst werden. So können Stellvertretungen sichergestellt und das nötige Fach-Know-how gebündelt werden.<br>Weitere Ressourcen bei der Nidwaldner Polizei werden eher akzeptiert, wenn diese auch effektiv und effizient eingesetzt werden können. Wir sind überzeugt, dass die vorliegende Gesetzesrevision ihren Teil dazu beitragen wird. |
|                                 |   |
|                                 |   |
|                                 |   |